Marian Biskup

Die Stände im Preußen Königlichen Anteils 1466–1526

I.

Die Stände und das ständische Leben im Preußen Königlichen Anteils oder in Königlich Preußen in den ersten 60 Jahren seines Bestehens stellen ein recht verwickeltes Forschungsproblem dar. Dieser Umstand wird durch verschiedene Faktoren verursacht, vor allem durch ein riesenhaftes Quellenmaterial, das bis jetzt in 8 Bänden (erschienen in 12 Bänden) von F. Thunert (1896), Karol Górski, Marian Biskup und Irene Janosz-Biskupowa (1955–1986) für den Zeitabschnitt 1466–1520 publiziert wurde¹. Auf die Veröffentlichung wartet noch der Zeitabschnitt 1520–1526, wofür Materialien erst gesammelt werden. Dieses umfangreiche Material, auch für die Jahre 1466–1520, wurde bis jetzt noch ungenügend verwertet. Es wurden durch E. Blumhoff², später durch Karol Górski und seine Schüler³, teilweise auch durch J. Essmanowska (Dworzaczkowa)⁴, nur einzelne Phasen und Detail-Themen analysiert. Diese Arbeiten stellen nur einen Torso dar, welcher in der Zukunft vervollständigt werden kann und muß.

Eine andere Schwierigkeit – methodologischer Natur – bildet, um es milde auszudrücken, die ethnische Einstellung der früheren deutschen Forscher. Sie haben die verwickelten, ständischen Probleme im Königlichen Preußen während des späten

¹ Acten der Ständetage Preußens Königlichen Antheils, Bd. 1, hrsg. von *Franz Thunert* (Danzig 1896); Akta Stanów Prus Królewskich, Bd. 1–7, hrsg. von *Karol Górski, Marian Biskup, Irene Janosz-Biskupowa* (Toruń 1955–1986).

² *E. Blumhoff*, Beiträge zur Geschichte und Entwicklung der westpreußischen Stände im 15. Jahrhundert, in: Zeitschrift des Westpreußischen Geschichtsvereins 34 (1894).

³ *Karol Górski*, Pierwsze czterdziestolecie Prus Królewskich, Rocznik Gdański, Bd. 11 (1938); *ders.*, Starostowie malborscy w latach 1457–1510 (Toruń 1960); *ders.*, Monarchia polska a stany Prus Królewskich w drugiej połowie XV wieku, in: Prace z dziejów Polski feudalnej (Warszawa 1960); *ders.*, Rozwój życia stanowego Prus Królewskich po wojnie trzynastoletniej w latach 1466–1479, in: Zapiski Historyczne 31, H. 3 (1966); *ders.*, Lukasz Watzenrode. Życie i działalność polityczna (1447–1512) (Wrocław 1973); *Marian Biskup*, Udział stanów Prus Królewskich w elekcjach władców polskich na przełomie XV–XVI wieku, in: Zapiski Historyczne 34, H. 3 (1969); *ders.* in: Historia Pomorza 2, T. 1., unter der Redaktion von *Gerard Labuda* (Poznań 1976) 42–98.

⁴ *J. Essmanowska (Dworzaczek)*, Ruch szlachecki w Prusach Królewskich w pierwszej połowie XVI wieku (Manuskript), Zusammenfassung in: Sprawozdania Poznańskiego Towarzystwa Przyjaciół Nauk, Bd. 16 (1949).

Mittelalters recht anachronistisch als Beispiel eines nationalen Kampfes der guten deutschen Stände gegen die aufstrebenden, bösen Polen auf seiten der Krone gesehen – ganz im Stil des entflammten Nationalitätenkampfes im Posener Land und in Westpreußen während der Bismarckära. Dabei wurden alle ständischen Äußerungen, welche öfter ein ideologisches Programm darstellten oder die gerade eingeführte Praxis rechtfertigen sollten, ernsthaft als Abbild einer angeblich immer bestehenden Wirklichkeit genommen. Das gilt auch für die Anschauungen über die Personalunion, welche angeblich schon von Anfang an die Krone Polens und Preußen verbinden sollte. Diese Anschauungen stützten sich auf die juristischen Konstruktionen von Gottfried Lengnich vom Anfang des 18. Jahrhunderts und überwiegen in allen deutschen Arbeiten von E. Blumhoff bis W. Hubatsch⁵, wobei die Benutzung sogar des gedruckten Ständematerials recht oberflächlich war. Erst vor kurzem hat E. M. Wermter mit der gründlicheren Lektüre der ersten Bände der preußischen Ständeakten begonnen und sich schnell von manchen früheren Thesen seiner deutschen Vorgänger distanziert⁶.

Aber auch die polnische Historiographie hatte längere Zeit keine fundiertere Analyse der ständischen Problematik im Königlichen Preußen vorgenommen und manche verallgemeinernden, vom nationalistischen Denken nicht freien Urteile ausgesprochen. Doch hat Karol Górski schon am Ende der Zwischenkriegszeit einen ersten Versuch unternommen, aufgrund einer breiteren Quellenbasis das preußische Ständeproblem – zuerst bis 1506 – gründlich zu analysieren⁷. Der verdiente Forscher hat diesen Weg nach 1945 fortgesetzt, wobei die unter meiner Teilnahme begonnene Edition der Ständeakten (seit 1479) einen wahren Durchbruch bedeutete. Górski hat diese publizierten Akten teilweise auch verwertet. Vor allem hat er jedoch im Jahre 1963 vorgeschlagen, eine moderne Methode anzuwenden und die Geschichte von Königlich Preußen unter sozialem Aspekt zu betrachten, d. h. als die einer Gesellschaft, und zwar einer territorialen Körperschaft, eines „Landes“ (*patria*). Dieses Land umfaßte sowohl das Territorium als auch die Gesellschaft, welche als korporative Formation (*communitas*), mit einem bestimmten rechtlichen Status ausgestattet, funktioniert⁸. Górski hat auch versucht, die Hauptmerkmale des preußischen Landes und die sozialen und rechtlichen Wandlungen in Königlich Preußen während der Zeit von 1466 bis 1772 zu skizzieren⁹. Er hat auch eine ernsthaftere Analyse der Anfänge des Königlichen Preußen, also der Zeit seiner Herausbildung als „eines Landes“ in den Jahren 1466–1479, vorgenommen. Der weitere Weg wurde durch die Forschungen über die Geschichte der inneren Wandlungen der polnischen Gesellschaft und der Jagiellonen-Monarchie in Nachkriegspolen erleichtert sowie durch eine weitgehende Befreiung von einer engen, nationalistischen Anschauung der polnisch-preußischen

⁵ Walter Hubatsch, Das westliche Preußen, in: Nicolaus Copernicus zum 500. Geburtstag, hrsg. v. F. Kaulbach u. a. (Köln–Wien 1973) 139 ff.

⁶ Ernst Manfred Wermter, Die politische Vorstellungswelt der Stände im Königlichen Preußen, insbesondere in Danzig um 1500 (Acta Borussica 2, München 1984).

⁷ Górski, Pierwsze czterdziestolecie Prus Królewskich, 17–66.

⁸ Ders., Problematyka dziejowa Prus Królewskich, in: Zapiski Historyczne 28, H. 2 (1963) 159–172.

⁹ Ders. Rozwój życia stanowego Prus Królewskich po wojnie trzynastoletniej w latach 1466–1479, 109–143.

Beziehungen. Das macht es möglich, die Probleme der Stände im Königlichen Preußen in einem helleren Licht zu zeigen. Natürlich kann es nur um eine knappe Zusammenfassung der bisherigen Ergebnisse und um die Hervorhebung lediglich der Hauptmerkmale und um die Anfänge des ständischen Lebens im Königlichen Preußen gehen, weil – wie schon gesagt – fast das ganze Thema noch auf eine fundiertere und umfangreichere Analyse wartet.

Man muß aber schon jetzt betonen, daß das Jahr 1526 eine bedeutende Zäsur in der Ständegeschichte des Königlichen Preußen darstellt – sowohl unter sozialem, als auch unter rechtlichem Aspekt. Die Publikation der neuen Ordination für das Königliche Preußen (*Constitutiones*) von König Sigismund dem Jagiellonen (dem Alten) verkündete den Anfang einer neuen Epoche im Leben des preußischen Landes, das wir später darzustellen versuchen.

II.

Man muß zuerst nachdrücklich unterstreichen, daß das ständische Leben im Königlichen Preußen seit 1466 tief in der vorangegangenen Epoche verwurzelt war, d. h. in der Endphase der Deutschordens-Herrschaft vor 1454 sowie in den Zeiten des Dreizehnjährigen Krieges (1454–1466). Über die Grundlagen und Hauptmerkmale des ständischen Lebens bis 1454 wurde bereits ausführlich gesprochen und diskutiert. Es genügt also, daran zu erinnern, daß in dem sich herausbildenden Lande Preußen in sozialer Hinsicht die Hauptrolle die Schicht des mittleren Adels – namentlich aus dem Kulmerland und dem Osteroder Gebiet – spielte, da Großgrundbesitz fehlte. Diese Rolle des mittleren Adels muß besonders unterstrichen werden, weil gerade diese soziale Gruppe vor 1454 eine *communitas* (*gemeyne*) bildete und die Hauptstütze des im Jahre 1440 gegründeten Preußischen Bundes (*foederatio*) war. Auf ihren Tagfahrten traten die adligen Vertreter als von den Wählern mit den notwendigen Anweisungen versehene Bevollmächtigte auf; sie galten also als ihre Repräsentanten¹⁰. Den zweiten sozialen Faktor bildeten die sechs großen Städte Danzig, Thorn, Elbing und Königsberg und – nur teilweise – Kulm und Braunsberg. Die bedeutende Rolle dieser großen Hafenzentren, die gleichzeitig Mitglieder der Hanse waren, bildete ein besonderes Merkmal im sozialen und ständischen Leben Preußens. Im Rahmen des Preußischen Bundes hatten sich dessen Ständetage gefestigt; die Stände in zwei „Kammern“, in einer städtischen und einer ländlichen. Im Jahre 1453 entstand ein Geheimer Rat aus Vertretern des Adels und der großen Städte, der als ein ständiger Tag funktionierte. Anfang 1454 hat gerade er dem Orden den Gehorsam verweigert und sich der polnischen Krone untergeordnet. Es ist klar, daß bei dieser Entscheidung die sozialen und wirtschaftlichen Ziele die Hauptrolle gespielt haben; es ging darum, die größtmöglichen Vorteile für das Land Preußen und seine hauptsächlich ständischen Träger – also für den Adel und die Städte – zu erlangen.

Das beweist eindeutig das Inkorporationsprivileg vom 6. März 1454, ausgestellt in

¹⁰ Ibidem, 142.

Krakau vom polnischen König Kasimir dem Jagiellonen, das gleichzeitig den geschriebenen Status des preußischen Landes schriftlich fixierte. In dem Inkorporationsprivileg wurden die schon bestehenden Gewohnheiten bestätigt sowie – aufgrund der ständischen Forderungen – neue Konzessionen erteilt. Ganz Preußen wurde als ein zur Krone Polens zurückgekehrtes Territorium betrachtet. Es erhielt die Zusicherung der Unantastbarkeit seiner Grenzen. Das bestehende Gerichtswesen wurde mit der Bestätigung der bestehenden Rechte auf dem Land und in den Städten gesichert. Die Zollgrenzen zwischen Polen und Preußen wurden aufgehoben. Preußen wurde als Bestandteil der polnischen Krone anerkannt und zu den Rechten der bisherigen polnischen Untertanen zugelassen. Dies betraf auch das Recht auf Teilnahme an der Königswahl und der Krönung der polnischen Herrscher, die das Land und seine Grenzen schützen sollten. Der König hatte schon in Krakau Preußen ein Wappen verliehen: den ehemaligen Adler des Deutschen Ordens mit der Krone am Hals und einer Hand mit dem Schwert vom litauischen Wappen „Pogon“. Das Wappen erschien auch so gleich auf dem großen Majestätssiegel des Königs neben den Wappen anderer polnischer Provinzen¹¹.

Das alles bedeutete, daß Preußen zwar von der königlichen Seite als eine polnische Provinz betrachtet wurde, daß aber gleichzeitig gewisse Besonderheiten anerkannt wurden. Dazu gehörte vor allem die Zusicherung des Königs, die Ämter in Preußen nur an die Einheimischen (*indigenae*) zu vergeben. Auch alle das Land Preußen betreffende *causae notabiles* sollten vom König nur mit Zustimmung der dortigen Würdenträger (*consilarii*, Landräte) entschieden werden. Preußen sollte auch weiterhin eine eigene Münze behalten, die zwar in vier städtischen Münzen geprägt wurde, jedoch mit dem königlichen Bild und Titel. Schließlich hat der König versprochen, seinen für die Zeit seiner Abwesenheit für Preußen *pro illius tuicione et gubernacione* zu bestimmenden Vertreter nach Absprache mit den preußischen *consilarii* zu ernennen. Es sollte nach böhmischem oder ungarischem Muster das Amt eines Gubernators für Preußen gebildet werden, das tatsächlich schon am 9. März 1454 Hans von Baisen übernommen hat¹².

Diese Besonderheiten gehörten zwar zum rechtlichen Status des preußischen Landes, waren jedoch nur in allgemeinen Zügen fixiert. Beide Seiten haben wohl andere Vorstellungen über die Grenzen und die Interpretation der einzelnen Punkte gehabt. Es herrschte eigentlich von Anfang an ein Schwebezustand vor, und erst das Leben sollte die allgemein gefaßten Formulierungen mit Inhalt füllen. Wohl mit Recht hat Górski hervorgehoben, daß im Jahre 1454 eine Art der „ewigen Union“ zwischen Polen und Preußen beschlossen wurde, wobei Preußen aber hierarchisch gesehen niedri-

¹¹ S. Mikucki, Herb Pomorza Polskiego w świetle źródeł, Sprawozdanie Państwowego Gimnazjum w Tarnowskich Górach, Tarnowskie Góry 1928).

¹² Die Staatsverträge des Deutschen Ordens in Preußen im 15. Jahrhundert, Bd. 2, hrsg. von E. Weise (Marburg 1955) 128–133; Karol Górski, Z dziejów ustroju Pomorza, Rocznik Gdański, Bd. 7–8 (1935).

ger stand, was Anlaß zu verschiedenen Interpretationen des Inkorporationsprivilegs geben sollte¹³.

Dieses Inkorporationsprivileg wurde im Frühjahr 1454 schnell durch die preußische *communitas* anerkannt. Der polnische Herrscher hat ganz Preußen nach polnischem Landrecht in vier Wojewodschaften mit Wojewoden (und Kastellanen) an der Spitze geteilt. Hans von Baisen wirkte als Gubernator bzw. königlicher Statthalter und gleichzeitig als oberster Repräsentant der Stände. Im Juli 1454 wurde der preußische Landesrat vom König einberufen. Er umfaßte 16 Personen und setzte sich aus sieben Repräsentanten des Adels mit dem Gubernator an der Spitze, zwei königlichen Hauptleuten (Starosten) und sieben Repräsentanten der großen Städte zusammen. Der König wollte künftig noch die zunächst schwankenden vier preußischen Bischöfe hinzunehmen.

Während des Dreizehnjährigen Krieges (1454–1466), in welchem der Orden die östlichen Gebiete Preußens mit Königsberg unter seiner Herrschaft halten konnte, litt der mittlere Adel im Kulmerland und in Pommerellen am schwersten. Seine führende Rolle innerhalb der ständischen Repräsentation wurde stark erschüttert. Die großen Weichselstädte (Danzig, Thorn, Elbing) dagegen haben ihre wirtschaftliche und soziale Rolle nicht nur beibehalten, sondern sie noch gefestigt, nachdem sie große Privilegien mit umfangreichem Landbesitz vom König bekommen hatten. Das sollte einen bedeutenden Einfluß auf die weitere Entfaltung und das Funktionieren der ständischen Repräsentation in dem durch den Thorner Friedensvertrag 1466 geschaffenen „Preußen Königlichen Anteils“, kurz Königliches Preußen genannt, haben.

Während des Krieges funktionierten die Formen der ständischen Repräsentation im Weichselgebiet; auch das Gubernatorenamt, das 1459 der Bruder des verstorbenen Hans von Baisen, Stibor, mit Zustimmung der Stände übernommen hatte, bewährte sich. Die Stände betrachteten ihn weiter als ihren Vertreter. Es funktionierten auch die allgemeinen ständischen Tagfahrten und die Sitzungen des Landesrates, doch fanden sie recht unregelmäßig statt, und die Rolle des mittleren Adels verlor an Gewicht angesichts der wachsenden Bedeutung der städtischen Repräsentanten. Die Beratungen der preußischen Räte mit dem König im Beisein seiner Kronräte waren keine Seltenheit, und die gemeinsame Publikation der wichtigen Urkunden galt als normal, weil es um das gemeinsame Hauptziel ging: die Bekämpfung des Deutschen Ordens. Die Einhaltung des Indigenatsrechts bei Schloßbesatzungen war wegen des Geldmangels der königlichen Schatzkammer nicht möglich. Deswegen mußte der König die Starosteien mit den Schlössern den unbezahlten Söldnerführern oder Vertretern des großen polnischen Adels gegen Geldanleihen überlassen. Der Krieg hat also manches von dem, was im Inkorporationsprivileg grundsätzlich geregelt war, grundsätzlich verändert: angesichts der Zeitumstände sowie auch des Fehlens irgendeines planmäßigen Vorgehens auf der königlichen Seite.

¹³ Karol Górski, Stany i unie państw na przykładzie Prus i Polski w XV i XVI wieku, in: Zapiski Historyczne 39, H. 3 (1974) 128 ff.

III.

Die sozialen Umstände in Königlich Preußen nach dem Jahre 1466 sind durch tiefe Umwandlungen in der Adelsschicht gekennzeichnet. Wie schon gesagt, war der mittlere Adel im Weichselgebiet wirtschaftlich degradiert. Es wird geschätzt, daß rund 50% des Ackerlandes im Königlich Preußen brach lagen. Die Hauptrolle begannen die adligen Familien zu spielen, welche aus Ordenspreußen geflüchtet waren – mit den Familien von Baisen, Legendorf und vom Felde an der Spitze. Sie standen dem König recht unwillig wegen des Verlustes des östlichen Preußen gegenüber und fühlten sich mit dem alten Adel des Kulmerlandes und Pommerellens nicht verbunden. Der König hatte gerade den Vertretern dieser Familien die höchsten Landesämter (Wojewodschaften, Kastellanien) gegeben, doch sie suchten nach einem finanziellen Ausgleich durch die Übernahme der königlichen Starosteien. Man muß beachten, daß der königliche Besitz im Königlich Preußen rund zwei Fünftel des bebauten Ackerlandes umfaßte, das auf 30 Starosteien verteilt war¹⁴. Gerade diese Krongüter – der ehemalige Ordensbesitz – wurden zum Ziel der aufstrebenden – wie sie Górski treffend bezeichnet – neuen preußischen Oligarchie. Das alles sollte die Aufstellung eines partikularen Programms verursachen, welches zur Interpretation des Inkorporationsprivilegs in dem für die Oligarchie passenden Sinne führen sollte. Dabei sollte diese neue Beamtenoligarchie auf den Ständetagen die Rolle der adeligen Repräsentanten des Landes, d. h. der *communitas*, übernehmen, was in krassem Gegensatz zu den Verhältnissen vor 1454 stand. Der mittlere Adel wurde von dieser Beamten-Hierarchie eigentlich verachtet.

Die zweite führende Rolle im sozialen Leben des Königlich Preußen spielten die vermögenden Bürger aus den drei großen Städten mit der herrschenden Kaufmannsgruppe im Rate und in der Schöffbank an der Spitze. Sie erstrebten vor allem die Sicherung ihrer Privilegien ohne Einmischung der königlichen Beamten und ohne größere finanzielle und andere Leistungen an den König. In dieser Hinsicht waren ihre Ziele denen der Beamtenschaft ganz ähnlich; auch die Abneigung gegen den verarmten Adel war beiden gemeinsam, was besonders in Danzig öffentlich manifestiert wurde.

Man muß schon hier das ethnische Motiv erwähnen, das häufig zu Mißverständnissen geführt hat. Die Bewohner des Königlich Preußen als eines „Landes“ nannten sich schon seit dem Ende des 14. Jahrhunderts „Preußen“, was jedoch nur eine territoriale Bezeichnung war. Die Preußen im 15. Jahrhundert besaßen ein gemeinsames Landesbewußtsein und zeichneten sich durch einen Lokalpatriotismus aus, wobei die Abneigung gegen die Ordensherrschaft überwog. Zu den Preußen gehörten also Vertreter der altpreußischen (prußischen), der slawischen (polnischen und kaschubischen) sowie der deutschen Familien¹⁵. Das deutsche Element überwog in den vermögenden Schichten sowohl auf dem Lande, wie auch vor allem in den großen Städten. Das polnische und kaschubische Element dominierte auf dem Lande – bei den kleinen „Adli-

¹⁴ Historia Pomorza, Bd. 2, T. 1, 60.

¹⁵ Ibidem, 120 ff.

gen“ und der überwiegenden Zahl der Bauern – und so war es auch bei den niederen Schichten der städtischen Bevölkerung. Infolge des materiellen Übergewichts des deutschsprachigen Elements herrschte die deutsche Sprache als „Landessprache“ besonders in den städtischen Kanzleien – auch bei der Anfertigung der Ständerezepte durch die Stadtschreiber – wie überhaupt in der öffentlichen Korrespondenz, auch bei der Beamtenschaft vor. Das bedeutet jedoch keinesfalls, daß das Königliche Preußen ein „deutsches Land“ war und das Bestreben der neuen Oligarchie „dem Schutze des Deutschtums“ dienen sollte. Man muß an dieser Stelle unterstreichen, daß man in den reichlich vorhandenen ständischen Quellen Versuche der Herausstellung des ethnischen Moments – d. h. die Betonung des Übergewichts der deutschsprachigen Preußen – sehr selten findet. Sie werden nur am Ende der 80er Jahre und zwar von einem Geistlichen hervorgehoben, der aus dem Reich nach Preußen gekommen war, dem Abt von Pelplin, Paul von Zullen¹⁶. Doch wurde diese Argumentationsweise von den Angehörigen der ständischen Oligarchie nicht unterstützt, weil sie deren Mentalität, aber auch den Gegebenheiten nicht entsprach. Schon zu Anfang des 16. Jahrhunderts benutzten die adligen Vertreter auf den Ständetagen auch die polnische Sprache¹⁷. Allen Bestrebungen der führenden Stände-Vertreter im Königlichen Preußen lagen nämlich nur soziale und wirtschaftliche, nicht aber national-ethnische Motive zu Grunde. Dementsprechend kann man sagen, daß auch bei allen Bestrebungen der polnischen Jagiellonen gegenüber Königlich Preußen nur finanzielle und Zentralisationsziele die Hauptrolle spielten: Die große Jagiellonenmonarchie umfaßte polnische, deutsche, ruthenische und jüdische Untertanen und war auf die ethnische Toleranz unmittelbar angewiesen. Deshalb ist der Versuch, die Meinungsverschiedenheiten zwischen der polnisch-königlichen Herrschaft und den Ständen von Königlich Preußen, den neuen Untertanen, im nationalen Kontext zu sehen und zu beurteilen, recht anachronistisch und widerspricht der Aussage der reichlich vorhandenen Quellen.

IV.

Schon die ersten Jahre nach 1466 sollten zeigen, daß die endgültige Bildung der Ständerepräsentation im Königlichen Preußen vor gewissen Problemen stand. Der König hatte zwar im Jahre 1467 die Ernennung der ländlichen Würdenträger vorgenommen, was zur Schaffung eines voll ausgebildeten Landesrates geführt hat. Das Gubernatorenamt wurde jedoch aufgehoben, und Stibor von Baisen blieb nur Marienburger Wojewode. Der preußische Landesrat umfaßte drei Wojewoden, drei Kastellane und drei Unterkämmerer sowie Vertreter der drei großen Städte (durchschnittlich zwei Personen von jeder Stadt, die jedoch dauernd wechselten). Die Teilnahme der zwei Bischöfe (von Kulm und von Leslau) wurde von den weltlichen Landesräten bestritten, weil man einen allzugroßen Einfluß dieser als Anhänger des Königs geltenden Würdenträger fürchtete. Der Streit um die Besetzung des Bischofstuhls von Ermland hatte seit 1467 auch die Teilnahme des neuen Bischofs Nikolaus von Thüngen an den Beratun-

¹⁶ Akta Stanów, Bd. 1, 502.

¹⁷ *Górski*, Lukasz Watzenrode, 74.

gen hinausgezögert. Doch behinderte das keinesfalls die Tätigkeit der ständischen Repräsentation von Königlich Preußen, die seit 1466 in Form von Tagfahrten des Landesrates – manchmal zusammen mit eingeladenen Gästen, z. B. den Äbten der pommerellischen Feldklöster – und der allgemeinen Ständerversammlungen unter Teilnahme des Adels und der kleineren Städte stattfand. Der König verständigte sich in den ersten Jahren mit den Ständen über seine Kommissare, welche nur für bestimmte Angelegenheiten entsandt wurden, was die Situation in Preußen komplizierte. Der König hatte auch Versuche unternommen, die Berufung von Ständetagen nur von seinem Willen abhängig zu machen, was aber nicht der preußischen Praxis entsprach.

Man sieht deutlich, daß Kasimir der Jagiellone die ständische Tätigkeit im Königlich Preußen weitgehend anerkannt hat, jedoch in gewissen Grenzen und ohne seinen bedeutenden Einfluß auf das innere Leben Preußens zu verlieren. Dies war eine parallele Erscheinung zu den Einrichtungen in anderen Kronprovinzen. Gleichzeitig wurde das Bestreben nach einer gewissen Zentralisierung im Stile der polnischen Ständemonarchie sichtbar. Der autoritäre Herrscher konnte wohl, nachdem die Kriegsgefahr vorbei war, in Preußen auch keinen Regenten, d. h. Gubernator, dulden. Die königlichen Kronräte wollten auch das Königlich Preußen als ein „normales“ polnisches Krongebiet betrachten, was sich z. B. 1469 in dem Vorschlag widerspiegelte, daß die preußischen Räte den König um die Besetzung der ständigen Sitze im polnischen Kronrat bitten sollten. Diese Aktion hat jedoch nebst ungeschickten Schritten des geistlichen Oberhirten Danzigs, des Bischofs von Leslau, Jacobus von Sienna, gegen diese mächtige Stadt die Situation nur verschärft und einen langjährigen Konflikt verursacht¹⁸.

Das Vorgehen der königlichen Seite, das nur eine Folge der eigenwilligen Interpretation des Inkorporationsprivilegs war, hat den sozialen Verhältnissen, der Mentalität und den Sitten der preußischen Einwohner nicht genügend Rechnung getragen und daher auch deren schnelle Reaktion verursacht.

Die neue preußische Oligarchie mit Danzig an der Spitze fühlte sich allmählich in ihrer führenden Position bedroht und änderte ihre Einstellung dem neuen Herrscher gegenüber. Man hatte versucht, die beiden polnischen Bischöfe im Landesrat loszuwerden, und schließlich konnte sich nur der gemäßigte Bischof von Kulm, Wojtech Kielbasa, mit Mühe und Not behaupten. Der Ausbruch des Konfliktes um den ermländischen Bischofsstuhl und das scharfe Vorgehen des Königs gegen den päpstlichen Kandidaten Nikolaus von Thüngen sowie Angst vor autokratischen Schritten der polnischen Seite haben zur Ausbildung einer oligarchischen Opposition geführt, die um das Jahr 1472 ihr eigenes Programm ausarbeitete. Die Oligarchie strebte also die Festigung der Sonderstellung Preußens und den Kampf um ihre Privilegien an, wie sie diese in ihrer eigenen, engeren Interpretation verstand.

Dieses Programm umfaßte zum ersten Mal die Forderung nach Rückgabe der an Söldnerführer und polnische Herren verpfändeten preußischen Schlösser mit dem reichen Starosteibesitz; das war eine Forderung nach strikter Bewahrung des Indigenats. Der König sollte die Kommissare abschaffen und ein „Haupt des Landes“, d. h. einen

¹⁸ Acten der Ständetage, Bd. 1, 127; *Górski, Rozwój*, 121–122.

Statthalter ernennen, der jedoch Repräsentant der Stände sein sollte. Die preußischen Räte wollten sich als Repräsentanten der Gemeinde (*communitas*) betrachten, was ihnen der König verweigerte, weil er sie als eigene Räte ansah.

Man wollte auch die gemeinsamen Beratungen der preußischen Räte mit den Kronräten abschaffen, was angeblich die Hauptquelle aller Schwierigkeiten war. Die ständischen Tagfahrten sollten durch Wojewoden einberufen werden. Schließlich sollte der König für das ganze Land das kulmische Recht einführen – was jedoch den Bestimmungen des Inkorporationsprivilegs nicht entsprach. Der Widerstand des Königs gegen manche dieser Forderungen resultierte aus der Vorstellung, daß, weil Preußen mit der Krone *eyn ungeteilter leichnam weren, so musten zie ouch semliche gewohnheit der Krone balden*¹⁹, auch die Einberufung der Tagfahrten durch den König zu dulden sei. Die preußischen Landesräte dagegen beriefen sich auf die *alden gewonheten und freyheten* des Landes und erklärten, daß im Zusammenhang mit der Krone viele andere Sitten bestünden, welche sie, die Preußen, nicht anerkennen wollten²⁰. Schließlich wurde vom König das Recht auf die selbständige Einberufung der Tagfahrten durch die Stände stillschweigend anerkannt. Andere Forderungen, die den Statthalter, das Indigenatsrecht und das Repräsentationsrecht der Räte betrafen, sollten in Zukunft auf verschiedene Art geregelt werden; nur das Kulmer Recht wurde im Jahre 1476 überall eingeführt. Kasimir der Jagiellone versuchte jedoch weiterhin, sich diesem offenbar partikularistischen Problem zu widersetzen. Er besaß aber keine Geldmittel, um die preußischen Schlösser den Söldnerführern oder Kronherren abzu kaufen; er war um diese Zeit in Kämpfe nicht nur in Ermland, sondern vor allem gegen Matthias Corvinus um die böhmische und die ungarische Krone für seine Söhne verwickelt. Deshalb fiel seine zentralistische Preußen-Politik den Forderungen der preußischen Oligarchie gegenüber recht nachsichtig aus.

Eine Schwäche dieser Politik bestand darin, daß sich der König auf den mittleren Adel in Preußen nicht stützen konnte und wollte. Dieser Adel trat die ersten nach 1466 berufenen Tagfahrten in recht bescheidener Zahl an und zwar *viritim*, d. h. auch die Abwesenden repräsentierend, und er war gegen die Übermacht der neuen Oligarchie in der Tat kraftlos. Ende 1472 versuchte der Adel zum letzten Mal, selbständig vor dem König in Thorn aufzutreten, um seine Postulate vorzulegen. Er verlangte, daß der König die ehemaligen Ordenseinkünfte übernehmen und die Söldner auszahlen solle. Der autokratische Herrscher aber wollte mit der preußischen „Gemeinde“ weder tagen noch diskutieren und hat auch alle Gravamina des Adels beiseite geschoben²¹.

Auf dem Schauplatz blieb also die preußische Beamtenoligarchie, welcher der König durch die Nominierung Stibors von Baisen als *houbt des landes*, d. h. als Generalhauptmann des Landes, entgegenkommen wollte²², – auch um sich von den Ständen Hilfeleistungen gegen den siegreichen Bischof Nikolaus von Thüngen zu sichern. Doch die selbstbewußte Oligarchie hat diese militärischen Hilfeleistungen verweigert.

¹⁹ Acten der Ständetage, Bd. 1, 184.

²⁰ Ibidem, 186.

²¹ Ibidem, 277 ff.

²² Ibidem, 295.

Auch das jahrelang diskutierte Projekt eines obersten Gerichts für alle preußischen Einwohner wurde schließlich verworfen, weil die Oligarchie den Einfluß der Anhänger des Königs fürchtete. Dieses Vorgehen hat schwere Folgen für die Zukunft gehabt und das innere Leben des Königlichen Preußen erschüttert, obwohl nach 1480 der preußische Landesrat die Funktion eines Appellationsgerichts – wenn auch mit gewissen Einschränkungen – übernahm. Die Lage komplizierte zusätzlich das Streben der königlichen Starosten, den Adel – wie es in den Gebieten, die der Krone unterstanden, üblich war – unter ihre Kriminalgerichtsbarkeit zu ziehen.

In den kommenden Jahren wurde von der Oligarchie weiterhin – sogar mit der Drohung, die Ämter niederzulegen – Druck auf den König ausgeübt, um den Einheimischen alle preußischen Starosteien zu übergeben. Doch der Widerstand des Königs gegen dieses komplizierte finanzielle wie rechtliche Vorgehen war nicht zu brechen. Hinzu kam noch der Umstand, daß sich Nikolaus von Thüngen mit dem Deutschen Orden ganz offen unter den Schutz des ungarischen Königs begab. Mit Rücksicht auf die herannahende Kriegsgefahr hat die preußische Beamtenhierarchie 1478 dem König jedoch den Treueid abgelegt und begrenzt die Kriegshandlungen gegen den Bischof unterstützt. Sie hat aber im nächsten Jahr den König in Petrikau direkt gezwungen, keinen Krieg gegen den Orden aufzunehmen sowie dem Bischof Gnade zu erweisen und ihn als vereidigten Rat aufzunehmen²³.

Seit dem Jahre 1479 kann man also von einer Festigung des ständischen Einflusses im inneren politischen Leben des Königlichen Preußen sprechen, wobei gleichzeitig die königliche Interpretation des Inkorporationsprivilegs verdrängt wurde, an der Treue dem polnischen Herrscher gegenüber jedoch kein Zweifel bestehen konnte. Dabei wurde auch die bischöfliche Herrschaft in Ermland im Rahmen des Dominium festgelegt – auch wenn der König seit 1479 größeren Einfluß auf die Bischofswahl gewann und als höchste Appellationsinstanz für die ermländischen Untertanen galt.

Kurz nach 1480 wurde auch der preußische Landesrat endgültig um zwei geistliche Mitglieder erweitert: den Bischof von Ermland und den Bischof von Kulm. Den Vorsitz besaß der neue Marienburger Wojewode Nikolaus von Baisen, doch der Einfluß des ermländischen Bischofs Nikolaus von Thüngen war recht bedeutend, besonders seit dem Jahre 1485. Der preußische Landesrat zählte also im ganzen elf ständige Mitglieder, zwei Bischöfe, je drei Wojewoden, Kastellane und Unterkämmerer sowie eine schwankende Zahl (drei bis sechs) sich abwechselnder Vertreter der drei großen Städte. Diese Landesräte bildeten auf den allgemeinen Ständetagen die sog. Oberstände, der einfache Adel und die Kleinstädte dagegen die Unterstände. Die adligen Vertreter wurden nach 1480 teilweise auf besonderen Kreislandtagen gewählt, doch ihre Anwesenheit auf den allgemeinen Ständetagen war weiterhin rechtlich nicht fixiert.

Seit dieser Zeit kann man im Königlichen Preußen von einem gewissen Administrationsdualismus sprechen: von der Verwaltung der königlichen Güter und Schlösser durch die Starosten (Hauptleute), wobei die Hauptrolle der Marienburger Hauptmann spielte, sowie von der ständischen Administration, genannt *lande und stete*. An

²³ Górski, Rozwój, 134.

ihrer Spitze stand seit 1480 der Marienburger Wojewode Nikolaus von Baisen. Er wurde vom König als *anwald* betrachtet, d. h. er vor allem sollte die Ständetage einberufen. Der ständische Einfluß zeigte sich hauptsächlich auf den zahlreichen Tagfahrten, d. h. Sitzungen des Landesrates – manchmal mit geladenen Gästen – und den allgemeinen Ständetagen. Für die Jahre 1466–1492 – also die ersten 26 Jahre – hat man die genaue Zahl aller Ständetage auf 111 berechnet²⁴. Später ist die Zahl etwas herabgesunken; für die Jahre 1492–1519 – also für weitere 27 Jahre – betrug sie 93. Immerhin fallen auf die erste Periode durchschnittlich vier Ständetage pro Jahr, auf die zweite rund drei. Zu der regen ständischen Tätigkeit mußte man übrigens auch noch die ziemlich häufigen Gesandtschaften zu den Königen ins Krongebiet (Krakau, Petrikau) sowie auch manchmal wochenlange Verhandlungen mit dem Herrscher auf preußischem Gebiet (besonders in den 70er Jahren und in den Jahren 1485, 1501 und 1519 in Thorn) hinzuzählen. Man kann ruhig sagen, daß ohne Teilnahme der preußischen Stände, d. h. vor allem des Landesrates, jede öffentliche Tätigkeit im Königlichen Preußen undenkbar gewesen wäre.

Die Stände haben also zahlreiche Berechtigungen bei der Landesverwaltung für sich erworben. So übten sie erstens einen Einfluß auf die Rechtssprechung aus, indem sie für die normale Tätigkeit der Landgerichte sorgten; zweitens sind die Bemühungen um die Schaffung des Obersten Gerichts zu nennen. Der preußische Landesrat war auch höhere Instanz für einzelne Gerichtsurteile, allerdings mit Ausnahme der städtischen Urteile: Hier blieb der Rat die höchste Instanz. Auch die Starosten fielen unter die Gerichtsbarkeit des Königs oder seiner Kommissare. Es gab also keine gerichtliche Einheit – vor allem weil eine allgemein anerkannte Appellationsinstanz für die städtischen Gerichtsurteile fehlte.

Die Stände befaßten sich weiter im Sinne ihrer partikularen Bestrebungen und Interpretationen mit den Problemen der Landesprivilegien und des Landesrechts. Sehr oft interessierten wirtschaftliche Probleme die Ständetage: z. B. die Handelsvorrechte der Danziger Kaufleute, das Stapelrecht von Thorn sowie das Münzwesen, das wegen der dauernden Verschlechterung des preußischen Geldes aus den Münzstätten von Thorn, Danzig und Elbing jahrelang ein heikles Problem darstellte. Es wurden durch den Ständetag auch die Ordnungen für die städtischen Handwerker sowie Lohntarife für das ländliche Gesinde beschlossen²⁵. Die Ständetage haben sich auch des öfteren aufgrund von Klagen der kleinen Städte mit dem Bierbrauen des Adels und der reicheren Bauern befaßt.

Eine bedeutende Rolle spielten die Steuerbeschlüsse, weil der König öfter Geldhilfe von den preußischen Ständen verlangte. Es ging jedoch nicht um gewöhnliche Steuern, wie sie von den Inhabern der Güter nach kulmischem Recht fällig waren, die anfangs – wie früher an den Hochmeister – an den Marienburger Hauptmann gezahlt wurden, sondern um außergewöhnliche Steuern, besonders zur Auszahlung der Söldner.

²⁴ Irena Janosz-Biskupowa, *Chronologia zjazdów stanów Prus Królewskich w latach 1466–1492* (Acta Universitatis Nicolai Copernici, Historia IX, H. 58, Toruń 1973) 114. – Blumhoff, o. c., 68 hatte für diese Zeit nur 90 Ständetage berechnet.

²⁵ Acten der Ständetage, Bd. 1, 383–385.

Diese Steuerbeschlüsse mußten durch die Oberen und Unterstände einstimmig gefaßt werden, wobei sich die kleinen Städte dauernd unter dem Druck der großen Städte befanden. Die Steuern waren besonders auf dem Lande unmittelbar vor allem von Zinsen oder Hufen zu leisten; in den Städten wurden sie als sog. Schoß vom Vermögen eingezogen. Zu den mittelbaren Steuern gehörten die Akzise, welche besonders von den Städten gezahlt wurde. Die Erhebung der Steuern erfolgte nach dem Ständebeschluß auf dem Lande durch besondere adlige Einnehmer (*poborcy*); in den Städten dagegen überwachten die Räte die Steuereinzahlung. Die eingezogenen Gelder wurden ursprünglich dem vom König bevollmächtigten Kronbeamten überwiesen, doch seit Anfang der 90er Jahre wollte man das Geld dem Herrscher persönlich übergeben. Erst seit 1508 hatte König Sigismund der Alte das Amt des preußischen Schatzmeisters geschaffen. Dessen Inhaber kam anfangs von den Indigenen, doch war er ein vertrauter Beamter des Königs, welcher gleichzeitig das Schöffenamts auf dem Marienburger Schloß ausübte²⁶. Trotz seiner Bedeutung wurde der Schatzmeister nicht in den Landesrat aufgenommen; er durfte nur anwesend sein, wenn er ein anderes höheres Amt innehatte, z. B. das des Bischofs von Kulm.

Im Steuerwesen zeigte sich also im Königlichen Preußen das klare Übergewicht der Stände: Nur sie faßten die Steuerbeschlüsse, zogen die bewilligten Gelder und übergaben das Geld – manchmal mit langjähriger Verspätung – dem Herrscher. Das alles geschah auf recht eigenwillige Art und Weise, da die beschlossenen Landessteuern in mehrere regionale Steuern zerfielen; Ausmaß und Charakter des Ganzen unterschieden sich von den Kronsteuern. Man muß auch betonen, daß das Beschließen von Steuern durch den Landesrat als ein Druckmittel gegen den König betrachtet wurde, besonders seit dem Jahr 1485.

Die preußischen Ständetage befaßten sich schließlich mit manchen politischen Problemen, zu welchen vor allem der Thorner Friedensvertrag vom Jahre 1466 und die Ausführung seiner Bestimmungen gehörten. Dies betraf vor allem das Verhältnis zum Deutschen Orden und seinen – unbezahlten – Söldnerführern, weiter die Grenz-, Migrations- und Vermögensprobleme und die nachbarlichen Streitigkeiten. Diese Probleme wurden auf den mit den Vertretern des Deutschen Ordens unternommenen, jedoch ziemlich seltenen Tagfahrten besprochen²⁷. Der Thorner Vertrag diente dem preußischen Landesrat als Grundlage für die Klärung der entstehenden Meinungsverschiedenheiten. Man muß auch hinzufügen, daß diese gemeinsamen Tagfahrten vom König manchmal bei Anwesenheit der Kronvertreter als Kommissare berufen wurden. Das war mit dem Recht und der Pflicht des Königs zum Schutz Preußens verbunden, was gleichzeitig das Recht zur Führung der Außenpolitik durch den Herrscher bedeutete. Die Stände des Königlichen Preußen durften – und wollten – keine eigene Außenpolitik, besonders gegenüber dem Deutschen Orden oder dem Herzogtum Pommern, führen. Im Falle des Deutschen Ordens waren sie direkt auf die politische und militärische Unterstützung durch den König angewiesen. Sie unterstützten also voll und ganz die Einhaltung des Thorner Friedens, nicht nur ideologisch, son-

²⁶ J. Deresiewicz, *Z przeszłości Prus Królewskich. Skarbowość Prus Królewskich od roku 1466–1569* (Poznań 1947) 116 ff.

²⁷ Akta Stanów, Bd. 1, 25 ff. (die gemeinsame Tagfahrt in Pr. Holland im Jahre 1480).

dern auch mit Geldmitteln oder notfalls durch die Einberufung des allgemeinen Landesaufgebots, wie im Jahre 1501 oder 1519. Die großen Städte, vor allem Danzig, welche weiter zur Hanse gehörten, konnten an den Hansetagungen teilnehmen, ohne den König zu fragen. Das geschah aufgrund traditioneller Praxis. Doch für die Teilnahme an Kampfhandlungen, die durch die wendischen Hansestädte – besonders gegen Dänemark – angeregt wurden, war die Zustimmung des polnischen Königs notwendig.

Sämtliche Schriften des Landesrates wurden mit dem Siegel des ersten Gubernators, Johanns von Baisen, das seit 1456 im Gebrauch war, bekräftigt. Auf diesem Siegel befand sich das Wappen Preußens vom Jahre 1454. Bis zum Jahre 1503 hatte die Familie von Baisen das Siegel aufbewahrt, dann die Stadt Elbing, was den städtischen Einfluß im Landesrat deutlich macht²⁸.

Diese knappe Darstellung der Befugnisse der ständischen Repräsentation des Königlichen Preußen zeigt deren bedeutendes Ausmaß und stützt die Annahme, daß das partikularistische Programm der neuen preußischen Oligarchie bis zu den 80er Jahren des 15. Jahrhunderts festgelegt und realisiert wurde. Das Königliche Preußen wurde von den ständischen Repräsentanten – der Beamtenoligarchie und den Ratsleuten der großen Städte – regiert. Dem König verblieben die Aufsicht, die Gewährleistung der äußeren Sicherheit und der Rechtsübung sowie die Möglichkeit, Geldmittel einzuziehen. Die Hauptstütze seiner Herrschaft bildeten, wie schon gesagt, die großen Starosten mit der Marienburger an der Spitze, wenn auch ein bedeutender Teil von ihnen verpfändet war. Die neue Oligarchie jedoch versuchte seit Mitte der 80er Jahre, die königlichen, vor allem aus der Krone stammenden Starosten aus Preußen zu entfernen und den großen königlichen Landbesitz selbst zu verwalten und Einkünfte daraus zu ziehen. Unter dem Vorsitz des ermländischen Bischofs Nikolaus von Thüngen und des Marienburger Wojewoden Nikolaus von Baisen kam es im Jahre 1485 auf der großen Tagung in Thorn zu einem Zusammenstoß mit König Kasimir dem Jagiellonen: Die preußische Oligarchie verweigerte Geld und Waffenhilfe gegen die Türken. Sie trat sogar mit dem Argument hervor, daß das Inkorporationsprivileg die polnische Krone zum Schutz Preußens verpflichtete, aber nicht umgekehrt auch Preußen. Man gründete unter dem Einfluß des ermländischen Bischofs sogar eine Konföderation zum Schutz der preußischen Privilegien, die aber kaum etwas bewirkt hat. Der Wojewode Nikolaus von Baisen hat dem König jahrelang den Treueid verweigert, konnte also die Funktion des *anwald* nicht ausüben; die Ständetage wurden durch die beiden anderen Wojewoden berufen²⁹.

Der König hat versucht, eine Gegenaktion durchzuführen und die königliche Beamtenhierarchie auszubauen. Er hatte als Marienburger Hauptmann den aus Kleinpolen stammenden Sbigneus von Tencin berufen und ihn als *capitaneus generalis* der Krone betrachtet. Seiner Gewalt wurden alle anderen aus der Krone stammenden preußischen Starosten unterstellt, die dem ständischen Gerichtswesen nicht unterworfen waren. Das hat die innere Lage im Lande zugespitzt, wobei der Kampf um den ermländischen Bischofsstuhl seit 1489 zur Verschärfung der Situation beitrug. Der

²⁸ J. Gerlach, Elbląg straznikiem pieczeci Prus Królewskich (1503–1772), Rocznik Elblaski, Bd. 2 (1963) 109 ff.

²⁹ Akta Stanów, Bd. 1, 279 ff.

neue Kandidat des Kapitels, Lucas Watzenrode aus Thorn, wurde vom Papst bestätigt, vom König aber nicht anerkannt, weil der seinen Sohn Friedrich im Ermland etablieren wollte. Um diese Zeit hat die preußische Oligarchie noch einmal das Inkorporationsprivileg durchleuchtet und wiederum festgestellt, daß das Königliche Preußen der Krone einverleibt wurde, aber doch eigene Rechte besitze. Man hob hervor, daß die Preußen zwar Angehörige der Krone, doch nicht deren Untertanen seien³⁰.

Der Versuch, die preußischen Indigenen mit Deutschen zu identifizieren, bei denen das Regiment bleiben sollte, wurde vom König abgelehnt. Dieser unterstrich, daß die Macht nur nicht an Fremde übergeben werden sollte.

Die Lage der preußischen Oligarchie sollte sich nach dem Tode Kasimirs des Jagiellonen (Juni 1492) verbessern. Die preußischen Landesräte haben an der Wahl des neuen Herrschers in Radom teilgenommen. Ihre Stimme wurde von Bischof Lucas Watzenrode im Namen des ganzen Landes für Johann Albrecht, den Sohn Kasimirs, abgegeben. Das sollte die Sonderstellung des Königlichen Preußen noch deutlicher unterstreichen³¹. Johann Albrecht entschied sich nach anfänglichem Schwanken für den Kampf gegen die Türken, und so war er an der Beruhigung der Situation im Norden interessiert. Er berief deshalb 1495 Sbigneus von Tencin aus Marienburg ab. Dessen Nachfolger spielten keine bedeutende Rolle mehr, was zur Schwächung der königlichen Verwaltung beitrug. Die ständische Verwaltung wurde auch dadurch gestärkt, daß die Wojewoden die gerichtlichen Befugnisse der Starosten über den Adel in Kriminalsachen endgültig übernommen haben.

Diese Änderung versuchte der ehrgeizige Bischof von Ermland, Lucas Watzenrode, auszunutzen, um so die Bedeutung der Stände wie auch seiner eigenen Person zu heben, besonders nach dem Tode Nikolaus' von Baisen (1503); Watzenrode wurde jetzt als Präsident der preußischen Stände angesehen. Er strebte die Erneuerung des Gubernatorenamtes – für seine eigene Person – als eines Ständevertreters an, der auf dem Marienburger Schloß residieren sollte. Seiner Oberhoheit sollten auch alle königlichen Hauptleute unterstellt werden. Die Bedeutung der königlichen Herrschaft und Verwaltung im Königlichen Preußen sollte also noch stärker absinken.

Der neue König, Alexander der Jagiellone (seit 1501), hat unter dem Einfluß besonders des Kronkanzlers Johann Laski, der das zentralistische Programm gegenüber Königlich Preußen durchsetzen wollte, die Pläne Watzenrodes im Jahre 1504 abgelehnt und als neuen Marienburger Hauptmann den Wojewoden von Schiratz, Ambrosius Pampowski, also einen bedeutenden Kronvertreter, ernannt. Pampowski sollte gleichzeitig das „Haupt des Landes“ sein. Der preußische Landesrat verweigerte aber die Annahme Pampowskis; besonders die großen Städte wollten die Stärkung seiner Rolle bei der eventuellen Bildung eines Appellationsgerichts nicht dulden. Die großen Städte, besonders Danzig und Elbing, welche sich in einem scharfen Konflikt mit Bischof Watzenrode befanden, haben aber auch dessen Bestrebungen, oberster Richter in Preußen zu werden, durchkreuzt. Pampowski wurde im Jahr 1508 durch den neuen König, Sigismund den Jagiellonen (den Alten), zum Generalhauptmann von König-

³⁰ *Górski*, *Monarchia*, 282 ff.

³¹ *Biskup*, *Udział*, 88 ff.

lich Preußen ernannt, dem die anderen Hauptleute unterstellt sein sollten. Er sollte auch die Urteile Watzenrodes als oberstem Richter vollstrecken, was durch die großen Städte unmöglich gemacht wurde. Doch wurde Pampowski im Jahre 1509 zum Landesrat als dessen Vorsitzender zugelassen. Der König hatte ihn zugleich zum Obersten Richter für Königlich Preußen ernannt; der Marienburger Hauptmann wurde also in Wirklichkeit ein mit gerichtlichen Befugnissen versehener königlicher Statthalter. Doch hat der frühe Tod Pampowskis 1510 diese zentralistischen Schachzüge durchkreuzt; auch wurde wohl durch den Widerstand der preußischen Oligarchie das Weiterwirken des von der Krone kommenden königlichen Statthalters unmöglich gemacht. Der König erneuerte also das Statthalteramt für das Königl. Preußen nicht; die Marienburger Hauptleute verfügten nur über das Schloß mit seinem umfangreichen Besitz auf beiden Werdern. Auf den ersten Platz hat der König nun den seit 1508 amtierenden preußischen Schatzmeister gestellt, welcher jedoch vor allem im Interesse des Herrschers über die finanziellen Probleme wachen sollte³².

Die preußische Oligarchie schien also ihre führende Rolle und große Bedeutung bewahrt zu haben. Sie war aber nicht im Stande, die Ordnung im Lande zu sichern. Das Funktionieren der Gerichte war trotz zweimaliger Versuche des Königs – mit den Statuten von 1506 und 1511 – nicht gesichert, wobei das ablehnende Verhalten Danzigs gegenüber dem Appellationsgericht und der Berufung an den König entscheidend war. Die preußische Oligarchie war innerlich zerstritten. Das führte besonders in Pommerellen in Verbindung mit der sog. Matern-Sache zu Unruhen. Auch eine Reform der Zusammensetzung des Landesrates durch die Einsetzung von zwei vereidigten städtischen Vertretern, welche vom König bestätigt werden sollten, wurde durch den Danziger Rat abgelehnt³³.

Der Tod des Bischofs Watzenrode (1512) und das Zurücktreten Johannes Laskis vom Kanzleramt haben den großen Städten die Lage erleichtert. Danzig, obwohl am Vorabend der Reformation innerlich zerstritten, fühlte sich immer sicherer und verachtete den mittleren und kleineren Adel von Pommerellen, welcher sich mit den unzufriedenen städtischen Elementen verband und deren zahlreiche Räuberüberfälle unterstützte. Im Jahre 1515 hat der Danziger Rat vom König sogar ein Mandat bekommen, das es der Stadt erlaubte, auch die Vertreter des Adels vor das Stadtgericht zu ziehen.

Gerade aber dieser mittlere Adel, von der preußischen Oligarchie jahrelang verachtet, sollte die größten Neuerungen im ständischen Leben einführen. Die Belebung der politischen Tätigkeit durch den Adel hing ohne Zweifel mit der wachsenden Handelskonjunktur – insbesondere dem Getreideabsatz in Danzig und dem Ausbau der eigenen Vorwerkwirtschaft unter starker Heranziehung bezahlter Dienstleute – zusammen. Der Adel strebte vor allem die aktive Teilnahme an den Ständetagen an, wobei das Beispiel des Kronadels, der sich ein solches Recht schon auf dem Reichstag (*Sejm*) erkämpft hatte, ohne Zweifel gewirkt hat. Der mittlere Adel erstrebte auch die Verbesserung seiner materiellen Lage auf dem Wege einer Reform des Erbrechts der

³² *Górski*, *Starostowie*, 125 ff.; *ders.*, *Lukasz Watzenrode*, 60 ff.

³³ *Górski*, *Lukasz Watzenrode*, 82 ff.

Güter nach Kulmischem Recht – es ging um die Begrenzung des Erbrechts der Frauen – sowie einer Einschränkung der gerichtlichen Befugnisse des Danziger Rates. Seit dem Jahre 1516 zeigte sich die politische Aktivität des mittleren pommerellischen und Kulmer Adels immer stärker, gerichtet zunächst gegen die Danziger gerichtlichen Befugnisse. Das Gerichtsmandat wurde auf sein Verlangen vom König zeitweilig aufgehoben. Der Adel strebte jedoch weitere Konzessionen an, wobei ihm der drohende Ausbruch des Krieges zwischen Polen und Hochmeister Albrecht dienlich sein sollte.

Der Ausbruch des Reiterkrieges wurde in Thorn auf der großen Tagung im Dezember 1519 einstimmig vom polnischen Kronrat, der adligen Kammer des polnischen Reichstags und dem preußischen Landesrat beschlossen. Die Sitzungen des polnischen Kronrats und des preußischen Landesrates fanden diesmal gemeinsam statt, weil die Landesräte befürchteten, daß die Krone die preußischen Stände im Kampf mit dem Orden verlassen könnte³⁴. Die Stände haben für den König eine hohe Steuer beschlossen, doch hat der Adel gleichzeitig seine Forderungen gestellt: die Reform des Erbrechts, die Rücknahme des Gerichtsmandats für Danzig, die regelmäßigen Sitzungen der Landgerichte.

Der Reiterkrieg 1519–1521 hat die Erledigung dieser Postulate verschleppt, doch hat der Adel sie nach dem Ende des Krieges weiter vorgetragen. König Sigismund hat im Frühjahr 1521 die Städte der Gerichtsbarkeit des Landesrates unterstellt; das Recht der Appellation an den königlichen Hof wurde jedoch bewahrt. Unter dem Druck der adligen Gesandten aus Königlich Preußen hat der König Ende 1521 das Gerichtsmandat zurückgezogen. Im Frühjahr 1522 haben die adligen Vertreter dem Landesrat weitere Forderungen vorgetragen; sie richteten sich gegen die Städte, besonders deren Absichten, den Bürgern den Kauf von ländlichem Besitz zu verbieten. Dabei wurde verlangt, von jeder Wojewodschaft einen adligen Vertreter zu den Sitzungen des preußischen Landesrates wie auch zu den Reichstagen zu entsenden. Das hieß, der preußische Adel verlangte Privilegien, wie sie der Kronadel besaß, auf dessen Hilfe der preußische Adel rechnete. Der Landesrat konnte sich nicht länger widersetzen, zumal die inneren Zerwürfnisse infolge der sozialreligiösen Revolten in den großen Städten seine Bedeutung zeitweise stark verminderten. Im Jahre 1524 hat der Adel vom Landesrat das Versprechen bekommen, daß vor dem allgemeinen Ständetag in jeder Wojewodschaft Tagfahrten (*sejmiki*) einberufen werden sollten.

Nach der Niederschlagung der Revolten in den großen Städten im Frühjahr 1526 hat König Sigismund in den Mauern des besiegten Danzig in Begleitung der Landesräte und der adligen Vertreter des Königlich Preußen wochenlang getagt. Im Juli 1526 wurden die neuen preußischen Statuten (*Constitutiones*) herausgegeben. Sie spiegelten die augenblickliche Niederlage der großen Städte wider sowie die wachsende Bedeutung des mittleren Adels. Der Landesrat bestand weiterhin als höchste Appellationsinstanz, auch für die städtischen Gerichtsurteile. Vor jedem allgemeinen Ständetag, der zweimal im Jahr berufen wurde, sollte jeder Wojewode in seiner Wojewodschaft einen Landtag (*sejmik*) einberufen, um die Wahl der adligen Vertreter vorzu-

³⁴ Akta Stanów, Bd. 7, 364–365.

nehmen. Der allgemeine preußische Ständetag sollte also ein Landtag mit einer nunmehr rechtlich fixierten Adelsrepräsentation sein und verwandelte sich eigentlich in einen Generallandtag (*conventus generalis, sejmik generalny*) nach dem Muster der Krone. Die ständische Repräsentation wurde also um eine ständige adlige Vertretung erweitert³⁵. Man könnte also sagen, daß nach rund 70 Jahren der mittlere preußische Adel im Weichselgebiet seinen einstigen Platz auf den Landtagen nicht nur zurückgewonnen, sondern erweitert hat. Das geschah zwar unter veränderten wirtschaftlich-sozialen Verhältnissen und unter dem sichtbaren Einfluß der Kron-Verfassung, doch ohne einen Zwang von oben, d. h. vom König. Anpassung an die umfassenderen ständischen Repräsentationsformen wurde hier von unten, d. h. vom mittleren preußischen Adel erstrebt und erlangt.

Das bedeutete aber keinesfalls einen vollen Sieg des Adels über die preußische Oligarchie. Durch manche Zuwanderer aus dem Krongebiet – besonders die Familie Dzialynski – noch verstärkt, wollte diese keinesfalls ihren Einfluß einbüßen und die reichen Starosteien aus ihren Händen geben. Die großen Städte mit Danzig an der Spitze haben bald ihre Bedeutung zurückgewonnen und ihre Vertretung im Landesrat behalten. Die Teilnahme des mittleren Adels auf den Landtagen ließ sich nicht mehr umgehen. Die 60er Jahre des 16. Jahrhunderts, besonders das Jahr 1569, haben zur weiteren Erfüllung des adligen Programms geführt, d. h. zur Beschickung auch der Kronreichstage durch die preußischen Repräsentanten.

Das Königliche Preußen wurde also seit dieser Zeit eine polnische Provinz im Rahmen der adligen Respublica, blieb jedoch weiterhin mit bedeutenden Privilegien und Sonderrechten ausgestattet und bewahrte die bedeutende Rolle des großstädtischen Bürgertums. Es kam damals zur parlamentarischen Union zwischen beiden Ländern – der polnischen Krone und Königlich Preußen – mit allen Konsequenzen für die Zukunft. Die Merkmale und das Funktionieren der städtischen Repräsentation des Königlichen Preußen von den 70er Jahren des 16. Jahrhunderts bis 1772 sind nur im Rahmen der Wandlungen der polnischen Adelsrepublik und ihrer ständischen Vertretung verständlich.

³⁵ *Essmanowska*, *Ruch szlachecki*, passim; *Historia Pomorza*, Bd. 2, T. 1, 82–84.